

## MODERNE ZEITEN

Bewertungskriterien – „schwach“. Die „Schichtvariable“ z.B. hat immer und überall nur wenig Varianz aufgeklärt.) Unter diesen Effekten sind allerdings einige, die so manchen Modernisierer beunruhigen könnten: besonders leistungswillige, aufstiegsorientierte, gewissenhafte, rational kalkulierende und planende Studierende. Wer es mit dem Studium nicht so ganz eilig hat, wem Freizeit wichtiger ist als das Studium, der kann die zerplitterten Stundenpläne besser leiden. Ist also die Flexibilisierung der Arbeitszeiten ein Affront gegenüber den Tüchtigen und ein Geschenk für die Bummelanten?

Eine weitreichende Schlussfolgerungen gezogen werden – die, zugegebenermaßen, aufgrund der Daten sehr nahe liegen – sind „weitere Forschungen nötig“. Mit dieser salvatorischen Klausel will man sich nicht aus der Verantwortung für Resultate herauswinden, aber man muss Rücksicht nehmen auf die noch ausstehenden offenen Fragen. Beispiel: Wie sehen Wunschpläne bei Erwerbstätigen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Branchen aus? Unter welchen Bedingungen werden Wunschpläne geändert? Inwiefern findet eine Anfreundung mit Nicht-Wunschplänen statt? Führt die Realisierung von Wunschplänen zu größerer Zufriedenheit oder Leistung? Fragen, für die sich die wissenschaftlichen Forschungsförderinstitutionen leider noch kaum interessieren.

### Ursachen des Zeittraditionalismus

Die Zentralfrage lautet aber: Warum sehen ideale Wochenzeitpläne junger Menschen so konservativ aus? Leicht antwortet man mit „Gewöhnung“: Studierende haben die Schule noch nicht lange hinter sich und sind folglich an deren Rhythmus gewöhnt. Gegenargument: auch ältere Studierende, die sich ja schon an den zeitlich chaotischen Betrieb der Universität gewöhnt haben könnten, haben ähnliche Idealpläne wie AnfängerInnen. Stichhaltiger wirkt da schon das Argument „Synchronisationserfordernis“: Um andere Leute zu treffen, Freunde, Bekannte und Verwandte, um Öffnungstermine von Ämtern, öffentlichen Einrichtungen etc. wahrnehmen zu können, muss man sich hinsichtlich seiner eigenen Pflichtzeiten an andere anpassen. Und dabei kommen dann doch eher konservativer Idealpläne heraus. Gegenargument: auch bei dem o.g. Experiment, in dem die Befragten keine Rücksicht auf ihre

Terminzwänge nehmen sollten, entstanden konservative Zeitpläne. Eine weitere naheliegend anzunehmende Ursache stammt aus der Biologie und Physiologie: der menschlichen physis wohnen Rhythmen inne – es gibt leistungsstarke und leistungsschwache Tageszeiten, einen ohne negative Nebenwirkungen kaum änderbaren Schlaf-Wachrhythmus, ja auch Jahresrhythmen, die wohl mit der täglichen Lichtmenge kovariieren. Wunschpläne können also anthropogene Konstanten widerspiegeln.

Im Forschungsprojekt „Temporale Muster“ spielte noch eine andere Erklärung eine Rolle: die Logik oder Psychologie der Tätigkeiten, die eine bestimmte Reihenfolge erfordern. Gefragt wurden die Studierenden z.B. in welcher Reihenfolge sie die drei Tätigkeiten – „Freund/in besuchen“, „Referat vorbereiten“, „im Haushalt arbeiten“ ausführen wollten. Die Reihenfolge „Referat – Haushalt – FreundIn“ wird von allen sechs Reihenfolgemöglichkeiten am besten bewertet – am schlechtesten die Reihenfolge „FreundIn – Haushalt – Referat“. Wer sich in Handlungsplanung hineindenkt, kann dies Resultat bestens verstehen: die Regel „erst die Arbeit, dann das Spiel“ ist nicht nur Ergebnis von Gesellschaft, Erfahrung und Gewöhnung, sondern unmittelbar ein Reflex auf innere Befindlichkeiten bei der Handlungsplanung. Krasses Beispiel: Wenn Sie um 11 Uhr ihre Abschlussprüfung haben, können Sie den Sekt nicht schon um 10 Uhr trinken, er folgt mit universalistischer Psychologie natürlich erst nach der Prüfung.

spw

Die Befunde zu den idealen Zeitplänen haben wir das „Flexibilisierungsparadoxon“ genannt: unter Bedingungen der völligen Wahlfreiheit legen Befragte ihre Arbeitszeiten so, wie es bisher üblich war.

<sup>1</sup> MitarbeiterInnen des Projekts waren Tanja Schatz, Arnd Ridder, Kai Christian Koch, Renate Freericks, Holger Brillen, Melanie Gecius, Daniel Gronloh, Berhard Ruhl, Bettina Schaffrath-Franke und Kurt Sombert, Kooperationspartner waren Hartmut Lüdtker (Marburg), Manfred Garhammer (Bamberg). Anfang 2000 erscheint eine abschließende Publikation im Leske und Budrich Verlag: Dollase, R., Hammerich, K., Tokarski, W. (Hrsg.) (2000) Temporale Muster. Die ideale Reihenfolge der Tätigkeiten. Opladen: Leske und Budrich, Belege für die im Artikel erwähnten empirischen Resultate finden sich in dieser Publikation und in einer Dissertation von Tanja Schatz „Temporale Musterpräferenzen“ Berlin: Logos, 1999

Zeitstrukturen wirken sich nicht nur auf Wirtschaft, Arbeit und Ökologie aus, sondern beeinflussen auch die privaten Lebensverhältnisse. Vor allem Frauen sind täglich mit dem Balanceakt konfrontiert, Zeiten ihrer beruflichen Tätigkeit mit den Öffnungszeiten von Kindergarten, Behörden, Läden und Banken sinnvoll zu kombinieren. Oft genug verzweifeln sie nicht zuletzt daran, dass in ihrer Stadt Zeitstrukturen kaum oder überhaupt nicht auf einander abgestimmt sind.

Seit Herbst 1995 hat sich deshalb das Hamburger Senatsamt für Gleichstellung die Harmonisierung kommunaler Zeitstrukturen zum Ziel gesetzt: „Zeiten der Stadt“ lautet ein ehrgeiziges Forschungs- und Modellprojekt, welches im folgenden beschrieben wird.

Die durchaus feministisch gefärbte Debatte um die Erfassung und Veränderung kommunaler Zeitströme entstand Mitte der 80er Jahre in Italien, als in Modena und Bologna Frauen diese Städte regierten. Sowohl diese Bürgermeiste-

## „Zeiten der Stadt“ Ein Forschungs- und Modellprojekt des Hamburger Senatsamtes für die Gleichstellung

von Sabine Issa\*

rinnen als auch engagierte Gewerkschafterinnen hatten erkannt, dass die Zeiten der Stadt – vor allem die Öffnungszeiten im öffentlichen und privaten Dienstleistungsbereich – nicht nur von veralteten „normalen“ Arbeits- und Freizeiten

\* Sabine Issa, Senatsamt f. Gleichstellung, Freie Hansestadt Hamburg

ausgingen, sondern noch immer auf der traditionellen gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau basierten. Nach diesem Zeitmodell ist der erwerbstätige Mann mindestens 8 Stunden von zu Hause fort, während sich seine Frau genau in dieser Zeit um Kinder und Haushalt kümmert. Dies bedeutet, dass sie auch alle mit Hausarbeit und Familie zusammenhängenden Aufgaben außerhalb des Hauses zu erledigen hat: Einkaufen, Arztbesuche, Bring- und Holdienste für die Kinder – sei es zum Kindergarten, zur Schule oder zum Musik- oder Sportunterricht – oder Behördengänge hat sie während der Normalarbeitszeit, in die auch die meisten Öffnungszeiten von Dienstleistungseinrichtungen fallen, zu erledigen.

Natürlich wurde und wird diese Rollenverteilung auch heute noch oft gelebt. Andererseits hat die Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von Müttern in den vergangenen Jahrzehnten sowohl in Italien als auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern kontinuierlich zugenommen. Das Ziel dieser engagierten Italienerinnen war es deshalb, die städtischen Zeitstrukturen den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohner anzupassen. Um sich näher über die daraus entstandenen Zeitprojekte zu informieren, lud der Hamburger Senat 1992 Kommunalpolitikerinnen und Urbanisten aus Italien ein. Seit Herbst 1995 führt das Senatsamt für die Gleichstellung nun selbst ein Forschungs- und Modellprojekt mit dem Titel „Zeiten der Stadt“ durch.

**„Zeiten der Stadt“ in einem repräsentativen Hamburger Stadtteil**

Die Stadt Hamburg wählte den Bereich des Ortsamtes Barmbek-Uhlenhorst aus, weil dessen fünf Stadtteile recht gut die Einkommens- und Sozialstruktur Hamburgs abbilden. Auf diese Weise können sowohl die Zeitbedürfnisse und Zeitangebote in einem Stadtteil wie Dulsberg, der im Rahmen des Hamburger Armutsbekämpfungsprogramms als Pilotgebiet ausgewiesen wurde, erfaßt werden, als auch in einem eher wohlhabenden Stadtteil wie Uhlenhorst sowie in Stadtteilen wie Barmbek-Nord, Barmbek-Süd und Hohenfelde, die von der Bevölkerungsstruktur zwischen diesen beiden „Polen“ liegen.

Es wurde erkannt, dass die Zeiten der Stadt von veralteten „normalen“ Arbeits- und Freizeiten ausgingen und auf der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau basierten.

Außerdem ist Barmbek-Uhlenhorst für ein Forschungs- und Modellprojekt deshalb so gut geeignet, weil es kein reines Wohngebiet ist, sondern alle Dienstleistungen des kurz-, mittel- und langfristigen Bedarfs anbietet und über die beiden großen zusammenhängenden Einkaufsgebiete in der Hamburger Straße und der Fuhsbütteler Straße verfügt.

Das Forschungs- und Modellprojekt verfolgt verschiedene Ziele:

Zunächst soll Frauen und ihren Familien eine bessere Nutzung von Dienstleistungen und somit eine optimale Vereinbarkeit der unterschiedlichen Lebensbereiche, wie Erwerbs- und Familienarbeit und Freizeitgestaltung ermöglicht werden. Dies bedeutet, dass das Projekt zur Verbesserung der Lebensqualität jener Bevölkerungsgruppe beiträgt, die die größten Schwierigkeiten bei der Koordinierung von Zeiten hat und deshalb die „zeitärmste“ ist. Natürlich kommen diese Verbesserungen auch allen anderen Bevölkerungsgruppen zu Gute.

Außerdem will das Projekt mit seinem geschlechtsspezifischen Ansatz erreichen, dass der öffentliche Diskussi-

onsprozeß zur Zeitproblematik vorangetrieben wird, so dass Zeitnöte und Zeitkonflikte als gesellschaftspolitisches Problem erkannt und nicht länger als individuelles, in besonderem Maße erwerbstätige Mütter betreffendes angesehen werden.

Das Senatsamt für die Gleichstellung hat deshalb die Gruppe der erwerbstätigen Mütter in den Mittelpunkt des Projekts „Zeiten der Stadt“ gestellt. Außerdem wurden erwerbstätige Frauen mit Kinderwunsch und Mütter, die wieder in den Beruf zurückkehren wollen, in die Untersuchung einbezogen.

Das Besondere an „Zeiten der Stadt“ ist, dass es als Aktionsforschungsprojekt durchgeführt wird. Auf Untersuchungsergebnisse folgen gleich Taten, es werden also neue Zeiten oder zeitentlastende Angebote entwickelt, die einem Praxistest unterzogen werden. Diese können im weiteren Verlauf des Projekts noch korrigiert und, wenn sie sich bewähren, verstetigt werden. Bei „Zeiten der Stadt“ sind – anders als bei herkömmlichen Forschungsvorhaben – diejenigen, die untersucht werden, nicht nur „Forschungsobjekte“, sondern aktiv am Prozeß beteiligt. Schließlich werden alle für dieses Vorhaben relevanten gesellschaftlichen Institutionen, wie Gewerkschaften, Kammern, Verbände, Kirche und Fachbehörden, in den Diskussionsprozeß einbezogen, da der Erfolg eines solchen Projektes nicht nur von der Akzeptanz, sondern der aktiven Beteiligung dieser Gruppen abhängt. So war und ist die Beteiligung der Gewerkschaften z.B. deshalb so wichtig, weil neue Zeitangebote im Dienstleistungsbereich sozialverträglich gestaltet werden müssen, damit sie bei den Beschäftigten nicht zu neuen Zeitnöten führen

**Erste Phase: Vergleich von Zeitwünschen und Zeitwirklichkeit**

Zunächst wurden die bereits genannten Frauen in schriftlichen und mündlichen Interviews und in einem Workshop zu ihren Zeitnöten und Zeitwünschen befragt, gleichzeitig wurden alle Dienstleistungsunternehmen im Untersuchungsgebiet (Ämter, Einzelhandel und einzelhandelsnahe Dienstleistungsanbieter, wie Friseurläden oder Banken, Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Arztpraxen, Freizeiteinrichtungen sowie der Verkehrsverbund) mit ihren Zeitangeboten erfaßt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Expertengespräche geführt, so zum Beispiel bei Kinderbetreuungseinrichtungen, im Einzelhandel, mit Freizeiteinrichtungen usw.

Die Befragungsergebnisse zeigten, dass in den Bereichen Kinderbetreuung, Ämter, Arzt- und Zahnarztpraxen sowie beim Einzelhandel und den Banken und Sparkassen neue Angebote an Öffnungszeiten bzw. zusätzliche zeitentlastende Dienstleistungsangebote als notwendig erachtet wurden.

Beim Einzelhandel war die Besonderheit, dass das alte Ladenschlußgesetz noch existierte, als die Befragung durchgeführt wurde. Sie ergab, dass eine große Nachfrage nach Öffnungszeiten bis ca. 19:00 Uhr und eine etwas geringere bis 20:00 Uhr bestand. An Sonnabenden gab es den Wunsch, in den frühen Nachmittagsstunden einkaufen zu können. Durch das neue Ladenschlußgesetz werden diese Zeiten nun vielfach angeboten. Bei den Banken und Sparkassen war das Öffnungszeitenproblem nicht so gravierend, da viele Zweigstellen mittlerweile über Kundenserviceräume mit Geldautomaten und teilweise mit Überweisungsterminals verfügen. Durchgehende Schalteröffnungszeiten bis 17:00 bzw. 18:00 Uhr, wie sie jetzt in der Filiale der Hamburger Sparkasse im Einkaufszentrum Hamburger Straße ange-

## MODERNE ZEITEN

boten werden, wurden dennoch von rund der Hälfte der befragten Frauen begrüßt, um Angelegenheiten klären zu können, die sich am Terminal nicht erledigen lassen.

Die Befragung ergab für den Bereich Ämter, dass die Öffnungszeiten kaum bekannt sind. Ein Grund für den geringen Bekanntheitsgrad liegt in der Tatsache, dass Behördengänge für den Großteil der befragten Frauen relativ selten, d.h. ein- bis dreimal pro Jahr, notwendig sind und sich die Öffnungszeiten daher nur wenig einprägen. Hinzu kommt, dass die Dienststellen des Ortsamtes auf verschiedene Gebäude verteilt sind und z.T. unterschiedliche Öffnungszeiten angeboten wurden. Das Ortsamt Barmbek-Uhlenhorst bietet deshalb seit dem 1. Juli 1997 veränderte Zeiten an, und zudem wurde eine einheitliche Regelung der Öffnungstage mit Kernsprechzeiten getroffen, an denen man ohne Anmeldung kommen kann. Die bereits vorher bestehenden Früh- und Spätsprechstunden wurden beibehalten. Darüber hinaus besteht nun grundsätzlich die Möglichkeit, auch außerhalb der Kernsprechzeiten individuelle Terminvereinbarungen zu treffen, und zwar an allen Tagen von Montag bis Freitag. Damit die Besucherinnen und Besucher hierüber informiert sind, wurde ein Dienststellenwegweiser entwickelt, der auf einer Karte zeigt, wo welche Dienststellen liegen und wie sie mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Das Faltblatt enthält außerdem eine übersichtliche Darstellung der Öffnungszeiten und die Telefonnummern für die Vereinbarung individueller Termine.

Um Wartezeiten zu verkürzen, Vorab-Informationen geben zu können und den Besucherinnen und Besuchern das Aufsuchen verschiedener Büros für nur ein Anliegen zu ersparen (z.B. Kasse für Gebührenmarken, Ausgabe von Pässen) wurde im Ortsamt ein zentraler Service-Counter eingerichtet, der diese Dienstleistungen zusammenfaßt.

Die Untersuchung im Bereich der Arzt- und Zahnarztpraxen ergab, dass die Sprechstundenzeiten oft parallel zu den Arbeits- und Kinderbetreuungszeiten berufstätiger Mütter liegen. Um Arzttermine unabhängig von der Arbeit und ohne Kinder oder zusammen mit Kindern wahrnehmen zu können, wurden Früh- und Spätsprechstunden sowie Sprechstunden am Samstagvormittag gewünscht.

Hier ist es gelungen, 13 Arzt- und Zahnarztpraxen, in denen 30 Ärztinnen und Ärzte tätig sind, für den Modellversuch zu gewinnen. Diese haben seit Sommer 1997 ihre Öffnungszeiten berufstätigen- und frauenfreundlich verändert. Die Praxen, die am Modellprojekt teilnehmen, können bei der Kassenärztlichen Vereinigung bzw. bei der Zahnärztekammer erfragt werden. Außerdem war es den Arztpraxen, nicht aber den Zahnarztpraxen erlaubt, ihre neuen Sprechzeiten durch ein Zeitungsinserat bekannt zu machen. Dieses Modellprojekt wurde inzwischen evaluiert. Um die Erfahrungen der Modellpraxen auch anderen Ärztinnen und Ärzten zugänglich zu machen, wurde mit der Kassenärztlichen Vereinigung und der Zahnärztekammer Kontakt aufgenommen und ihnen die Evaluierungsergebnisse zur Verfügung gestellt.

### Größtes Problem: die Kinderbetreuung

Die Befragung berufstätiger Mütter ergab für den Bereich der Kinderbetreuung, dass hier nicht nur zusätzliche Zeiten, sondern vor allem zusätzliche Dienstleistungsangebote gewünscht wurden, mit deren Hilfe der Zeitstress gemildert werden kann.

Für Betreuungsangebote an Samstagvormittagen wurde modellhaft ein Projekt mit Vätern initiiert, die zunächst unter Anleitung und jetzt selbstorganisiert die Kinderbetreuung übernehmen.

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Eine besonders große Nachfrage berufstätiger Mütter wurde im Hinblick auf eine Versorgung von Schulkindern mit Mittagessen festgestellt, und zwar besonders dann, wenn diese aus dem Hortalter heraus sind. Bei einer Kontaktaufnahme mit allen SchulleiterInnen bestätigten mehr als zwei Drittel diese Elternwünsche und waren bereit, in ihrer Schule eine Bedarfserhebung durchzuführen. Diese ergaben je nach Schultyp und Schulgröße einen Nachfrage von 25 bis 100 Mittagessen pro Tag. Von den interessierten

Schulen konnten bisher folgende Projekte umgesetzt werden: In fünf Schulen wurden Mittagstische aufgebaut, in einer weiteren Grundschule besteht eine Kooperation mit einem benachbarten Kindergarten.

Neben dem Mittagstisch wurden insbesondere Betreuungsangebote in Notsituationen, wie z.B. bei Krankheit des Kindes oder der Mutter, sowie flexible Betreuungsangebote, z.B. stunden- oder tageweise, gewünscht. Hierfür konnte der Verein Jung und Alt in Zuwendung e.V. in Hohenfelde zu einer Teilnahme am Modellprojekt gewonnen werden. Das Interesse dieses Vereins liegt in der Förderung des Dialogs und der gegenseitigen Hilfeleistung zwischen den Generationen. Der Verein hat seine Öffnungszeiten, in denen Kinderbetreuung in Notfällen vermittelt wird, ausgeweitet. Das Mütterzentrum Hohenfelde will nach dem Bezug von neuen Räumen flexible Betreuungszeiten nach Absprache mit den Müttern anbieten und zwar in der Zeit von 7:00 bis 19:00 Uhr. Neben diesem Betreuungsangebot gibt es an bestimmten Tagen auch einen Mittagstisch für Eltern und Kinder.

### Gibt es innerhalb der Bundesrepublik Kooperationen?

Das Hamburger Projekt wurde im Kooperationsverbund mit den Städten Hannover und Bremen, die sich ebenfalls mit städtischer Zeitpolitik befassen, als weltweites Projekt der EXPO 2000 registriert. Außerdem ist es als beispielhaftes Projekt in den europäischen Studiengang „EUREXCTER -Zeiten und Qualität der Stadt“ eingebunden. Dieser Studiengang, der sich an Praktikerinnen und Praktiker vor allem aus der öffentlichen Verwaltung richtet, ist ein Gemeinschaftsprojekt des Spitzenverbandes der europäischen öffentlichen Arbeitgeber und des Europäischen Gewerkschaftsbundes und wird aus Mitteln des Europäischen Sozi-

Das Besondere an „Zeiten der Stadt“ ist, dass es als Aktionsforschungsprojekt durchgeführt wird: Auf Untersuchungsergebnisse folgen gleich Taten!

al- und des Europäischen Regionalfonds grundfinanziert. Zunächst waren Universitäten in den Städten Hamburg, Mailand und Paris und beteiligt. Seit Sommer 1998 werden außerdem Studienmöglichkeiten in Irland und Spanien angeboten.

Und last but not least wurde „Zeiten der Stadt“ auch als Projekt in die Kommunale Agenda 21 Hamburg aufgenommen.

Das Gesamtprojekt wird Mitte 2000 ausgewertet und umfangreich dokumentiert. Es wird hoffentlich nicht nur in

den Kooperationsstädten Hannover und Bremen Nachahmung finden. spw

**Literatur:**

Belloni, C.M.: Die Verwendung der täglichen Zeit in italienischen Städten, in: Frauen in Europa. B.f.R. u. Landeskunde (Hg.), Bonn 1995, S. 61 – 73.  
 ÖTV (Hg.): Le donne cambiano i tempi. Die Zeiten der Stadt. Dokumentation einer Bildungsreise, Hamburg 1995.  
 Zahrrnt, Angelika: Zeitvergessenheit und Zeitbesessenheit der Ökonomie – und ihre ökologischen Folgen, in: Held, M. u. Geißler, K.(Hg.): Ökologie der Zeit, Stuttgart 1993, S. 111 – 120.

# Öffnen allein genügt nicht

Zur neuerlichen Debatte über den Ladenschluss

von Konrad Gilges\*

Es ist wieder einmal so weit. Mit großer Hingabe wird seit Monaten über die Zukunft des Ladenschlusses diskutiert. Dabei ist es zum Beispiel in Berlin zu beinahe irrwitzigen Situationen gekommen, denn jedes Wochenende wird ein neuer Vorwand, ein Brunnen-Fest oder ähnliches, organisiert, um Öffnungen an Samstag oder Sonntag zu rechtfertigen. Inzwischen sprechen sich auch Teile der Grünen (so auf dem Landesparteitag der Berliner Grünen Mitte Dezember) und der SPD für eine großzügigere Freigabe der Öffnungszeiten aus.

Die Inhalte der aktuellen Debatte entsprechen dabei denen aus dem Jahre 1996, als zuletzt das Ladenschlussgesetz geändert wurde, bis ins Detail. Die SPD-Bundestagsfraktion hat damals die Änderung für falsch gehalten. Die

Seit jeher ist es der Grundgedanke des Ladenschlusses, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unbilliger Ausbeutung zu schützen und zu verhindern, dass sie zur Verfügungsmasse der Arbeitgeber und Besitzenden werden.

von uns angemeldeten Zweifel hinsichtlich Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung haben sich bestätigt. Das belegen die 1996 versprochenen Gutachten zu den Auswirkungen der Änderung, die jetzt vorliegen, eindrucksvoll. (Vgl. spw 6/99, S. 24-26, Anm. d. Red.)

Die Diskussionen der letzten Monate zeigen aber zugleich, dass es großen Bedarf

an einer breiten Debatte darüber gibt, wie wir zukünftig leben und arbeiten wollen. Wir sollten daher die aktuelle Auseinandersetzung über das Ladenschlussgesetz als ergebnisoffenen Prozess hinsichtlich der Notwendigkeit einer Neuregelung sehen und den Dialog mit allen gesellschaftlichen Interessengruppen suchen.

Drei Aspekte sind in der aktuellen Debatte meines Erachtens von besonderer Bedeutung:

- der ArbeitnehmerInnenschutz,
- die sozialen und kulturellen Aspekte (welche konkreten Auswirkungen hätte eine Änderung, z.B. „Läden auf, Behörden zu“?) und

Foto: Christian Kiel (Berlin)



- die Verbraucher-, Arbeitnehmer- und die Unternehmensinteressen.

**Ladenschluss ist ArbeitnehmerInnenschutz**

Betrachten wir den ersten der drei Punkte, so stellt sich unweigerlich die Frage: wissen die Befürworter der Freigabe eigentlich, was sie tun? Anscheinend nicht, denn kaum jemand weiß um den Hintergrund des Ladenschlussgesetzes. So wird wieder einmal der Eindruck erweckt, als könnte man es allein vor einem wirtschaftlichen Hintergrund sehen und bewerten. Das ist ebenso einäugig wie falsch. Denn von seiner Idee und Geschichte her handelt es sich um ein ArbeitnehmerInnenschutzgesetz. Seit jeher ist es der Grundgedanke des Ladenschlusses, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor unbilliger Ausbeutung zu schützen und zu verhindern, dass sie zur Verfügungsmasse der Arbeitgeber und Besitzenden werden. Das belegen die Protokolle der Reichstagsdebatten aus dem Jahre 1900, als erstmals der werktägliche Ladenschluss gesetzlich geregelt wurde. Schon damals sollte das Gesetz Arbeitszeiten verhindern, die die Familien der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zerstört hätten. Um diesen Grundgedanken ging es auch bei allen Neuregelungen und Diskussionen in den 50er und 60er Jahren.

Die entscheidende Frage für uns lautet daher auch heute: müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geschützt werden? Und unsere Antwort ist eindeutig ja. Es spricht für soziale Arroganz, dass die Gruppe der Betroffenen aus den Überlegungen, die Öffnungszeiten zu liberalisieren, vollkommen ausgeblendet sind. Man muss sich nur die Beschäftigten einmal genauer ansehen, um die es hier geht. Es handelt sich zur überwiegenden Mehrheit um Frauen. Wie aber sollen Alleinerziehende ihre Kinder versorgen, wenn die Läden bis weit in den Abend geöffnet haben, aber die Betreuungseinrichtungen um 16.00 oder 17.00 Uhr schließen (vgl. den zweiten der oben genannten

\* Konrad Gilges, Köln, ist SPD-Bundestagsabgeordneter und Berichterstatter im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung für das Ladenschlussgesetz.